

## Stadt Heidelberg

Federführung:  
Dezernat II, Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Beteiligung:

Betreff:

**Einrichtung eines Arbeitskreises zur  
Entwicklung von Leitlinien für die  
Bürgerbeteiligung in Heidelberg**

# Beschlussvorlage

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss	19.01.2011	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Gemeinderat	10.02.2011	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	

**Beschlussvorschlag der Verwaltung:**

1. *Der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, die Verwaltung mit der Einrichtung eines Arbeitskreises zur Entwicklung von Leitlinien für die systematische Bürgerbeteiligung in Heidelberg zu beauftragen.*
2. *Der Arbeitskreis soll aus je vier Vertretern der Bürgerschaft, der Politik und der Verwaltung bestehen. Die Bürgerschaft sollen folgende Institutionen repräsentieren:*
  - *Ein/e Vertreter/-in von den „Bürgern für Heidelberg,“*
  - *Ein/e Vertreter/-in aus den Reihen der Stadtteilvereine,*
  - *Ein/e Vertreter/-in der Kirchen,*
  - *Ein Vertreter/-in aus der Bürgerstiftung Heidelberg.*

## A. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

### 1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU 3	+	Bürger/-innenbeteiligung und Dialogkultur fördern <b>Begründung:</b> Die Vorlage dient der Verbesserung und Verstetigung der Beteiligungsmöglichkeiten für Heidelberger Bürger/-innen

### 2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

## B. Begründung:

Am 21. Oktober 2010 wurde die Verwaltung vom Gemeinderat beauftragt, einen Vorschlag zur konkreten Gestaltung des Prozesses zur Erarbeitung eines Bürgerbeteiligungsmodells unter Begleitung durch Herrn Prof. Dr. Klages vorzulegen. (siehe DS 039/2010/IV) Es geht darum, die Beteiligungsmöglichkeiten in Heidelberg zu verbessern und zu verstetigen. Das heißt zum Beispiel verbindliche Kriterien zu erarbeiten, für welche Projekte Beteiligungsverfahren zwingend erforderlich sind, ab welchem Zeitpunkt sie beginnen, welche Verfahren wann zu wählen sind, wie die Ergebnisse in das Verwaltungshandeln und in die politischen Entscheidungen rückgekoppelt werden oder wie auch bei langandauernden Prozessen die Beteiligung sichergestellt werden kann. Für diese und weitere Fragen gilt es einen entsprechenden Verfahrensrahmen und Leitlinien zu entwickeln, die Transparenz und Sicherheit für alle Beteiligten gewährleisten sowie sachgemäße Entscheidungen sicherstellen. Die Art der Beteiligung kann je nach Projekt variieren und soll unter Nutzung geeigneter Methoden gewährleistet werden.

Die Verwaltung schlägt zur Entwicklung der Leitlinien die Einrichtung eines Arbeitskreises vor, der sich aus Vertretern der Bürgerschaft, des Gemeinderates und der Verwaltung zusammensetzt. Die auszuwählenden Bürger/innen sollen dabei folgende Kriterien erfüllen: Sie sollen verschiedene Gruppen in der Bürgerschaft vertreten und Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung haben ebenso wie mit Gemeinwesenarbeit. Darüber hinaus sollen sie dem Gemeinwohl verpflichtet sein und Interesse an Fragen der Stadtentwicklung haben.

**Bürgerschaft:**

- Ein/e Vertreter/-in von den „Bürgern für Heidelberg“,
- Ein/e Vertreter/-in aus den Reihen der Stadtteilvereine,
- Ein/e Vertreter/-in der Kirchen,
- Ein Vertreter/in aus der Bürgerstiftung Heidelberg,

**Politik/Gemeinderat:**

- Vier Vertreter/-innen aus den Reihen des Gemeinderates

**Verwaltung:**

- Vier Vertreter/-innen aus der Verwaltung

Es ist beabsichtigt, Herrn Prof. em. Dr. Helmut Klages von der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften (Speyer) und Frau PD Dr. Vetter (Universität Stuttgart) mit der Leitung und Moderation des Arbeitskreises zu beauftragen.

Herr Prof. em. Dr. Helmut Klages, ehemaliger Rektor der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, gilt als besonders profilierter und erfahrener Experte beim Thema Bürgerbeteiligung. Er wohnt selbst in Heidelberg und hat bereits seit den 90er Jahren die Entwicklungen im Bereich Bürgerengagement und -beteiligung forschend und beratend begleitet. Frau Dr. Vetter von der Universität Stuttgart arbeitet seit Jahren zu den Themen „Einstellungen der Bürger gegenüber der lokalen Politik“ und „Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene“ und verfügt in diesem Bereich über ein besonders breites Fachwissen.

Die Mitarbeit im Arbeitskreis ist - mit Ausnahme der Leitung – ehrenamtlich. Eine Aufwandsentschädigung wird nicht geleistet. Die vorgeschlagenen Institutionen werden nach Vorliegen eines Gemeinderatsbeschlusses von der Verwaltung gebeten, eine/n Vertreter/-in und eine/n Stellvertreter/-in zu nennen. Die Geschäftsführung des Arbeitskreises liegt beim Amt für Stadtentwicklung und Statistik.

Der Arbeitskreis wird etwa 6 – 8 mal – in der Regel - öffentlich in einem etwa sechswöchigen Rhythmus tagen. Er soll zunächst die zentralen Problemstellungen definieren und präzisieren, die bisherigen Stärken und Schwächen der Bürgerbeteiligung in Heidelberg aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchten sowie Bürgerbeteiligungsmodelle aus anderen Städten diskutieren, bevor gemeinsam Schritt für Schritt ein Vorschlag für Leitlinien in Heidelberg entwickelt wird.

Der Gemeinderat ist von Anfang an am Prozess beteiligt, seine grundlegende Bedeutung innerhalb der repräsentativen Demokratie bleibt weiterhin bestehen. Allerdings sollen ergänzend durch Beteiligungselemente Potenziale und Wissen der Bürgerschaft abgerufen und eingebunden werden. Für den Gemeinderat ergeben sich hieraus zusätzliche Ideen, eine breitere Diskussions- und Argumentationsbasis und bessere Abwägungsmöglichkeiten. Die auf dieser Grundlage getroffenen Entscheidungen genießen - unter der Voraussetzung einer entsprechenden Begründung - dann eine erhöhte Akzeptanz und Legitimation.

Für die Verwaltung ergibt sich eine verbesserte Transparenz der Bürgererwartungen und in Verbindung damit eine erhöhte Planungssicherheit sowie eine erhöhte Akzeptanz der Verwaltungsleistungen. Innerhalb der Verwaltung wird der Arbeitskreis durch verschiedene Komponenten eines Organisationsentwicklungsprozesses begleitet werden müssen. Bei der Bürgerschaft ist ein Zuwachs des Vertrauens in die kommunalen Entscheidungsträger und die Verwaltung, wie auch eine verstärkte Identifikation mit dem kommunalen Gemeinwesen erwartbar.

Das Ergebnis des Arbeitskreises selbst soll Ende des Jahres dem Gemeinderat vorgelegt werden.

Die Umsetzung einer breiteren und frühzeitigeren Bürgerbeteiligung wird nur gelingen, wenn allen Beteiligten, das heißt, der Politik, den Bürgern und der Verwaltung, die Vorteile dadurch für die jeweilige Aufgabenstellung deutlich gemacht werden können.

gezeichnet

Bernd Stadel